

.SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis



Weiss, Katharina (2007):

Öffentliche Sicherheit. Perspektiven einer Sicherheitsarchitektur

SIAK-Journal – Zeitschrift für
Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis
(1), 73-82.

doi: 10.7396/2007_1_G

Um auf diesen Artikel als Quelle zu verweisen, verwenden Sie bitte folgende Angaben:

Weiss, Katharina (2007). Öffentliche Sicherheit. Perspektiven einer Sicherheitsarchitektur, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (1), 73-82, Online: http://dx.doi.org/10.7396/2007_1_G.

© Bundesministerium für Inneres – Sicherheitsakademie / Verlag NWV, 2007

Hinweis: Die gedruckte Ausgabe des Artikels ist in der Print-Version des SIAK-Journals im Verlag NWV (<http://nwv.at>) erschienen.

Online publiziert: 4/2014

Öffentliche Sicherheit

PERSPEKTIVEN EINER SICHERHEITS- ARCHITEKTUR

Sicherheit gehört zu den wenigen Grundbedürfnissen, über die es einen allgemeinen Konsens gibt. Die Garantie der öffentlichen Sicherheit, insbesondere der Schutz der persönlichen Freiheit und des persönlichen Eigentums macht daher eine wesentliche Komponente der Lebensqualität einer Gesellschaft aus. Die Abwehr von Gefahren ist wesentliche Aufgabe der Polizei. Durch die Anschläge vom 11. September 2001, die Anschläge von Madrid und London, aber auch durch die neuen Herausforderungen für den Katastrophenschutz durch immer extremere Wetterbedingungen haben sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts die bisherigen Definitionen von innerer und äußerer Sicherheit überholt. Zunehmend lassen sich stärkere Verzahnungen von innerer und äußerer Sicherheit erkennen. Neben den globalen Herausforderungen des Terrorismus stellen auch die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung in dem Maße höhere Anforderungen an die dafür Verantwortlichen, in dem die Komplexität der Gesellschaft zunimmt und sich der gesellschaftliche Wandel beschleunigt. Die gesellschaftlichen Veränderungen und die unterschiedlichen Zugänge zu den polizeilichen Aufgabenfeldern haben massive Auswirkungen auf die polizeiliche Arbeit, auf die Organisation der Polizei, deren Qualifikationsanforderungen und deren Selbstverständnis. Die heutige Polizeitätigkeit ist ein Komplex von polizeilichen Sicherheitsaufgaben und anderen spezifischen Tätigkeiten der Polizei. Neben einem kostenbewussteren Zugang versucht sich die Polizei auch erfolgreich im Selbstverständnis einer Bürgerpolizei. Dieses erweiterte Aufgabenspektrum ist eine umfassende Aufgabe zur Erstellung eines zukünftigen Aufgabenprofils von Polizeibeamten, denn darauf beziehen sich die, für eine erfolgreiche Tätigkeit notwendigen, Qualifikationen und Kompetenzen. Dieser Artikel ist der Beginn einer vierteiligen Serie, mit der aufgezeigt werden soll, welche zukünftigen Probleme im Bereich der inneren Sicherheit entstehen können und welche Unterstützung die Wissenschaft der Praxis anbieten kann.



KATHARINA WEISS, MAG. DR.,
*Leiterin des Instituts für
Wissenschaft und Forschung,
stellvertretende Leiterin der
Sicherheitsakademie.*

WELTPOLITISCHE VERÄNDERUNGEN

Durch die Anschläge vom 11. September 2001, die Anschläge von Madrid und London, aber auch durch die neuen Heraus-

forderungen für den Katastrophenschutz bedingt durch immer extremere Wetterbedingungen, haben sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts die bisherigen Definitionen von innerer und äußerer Sicherheit über-

holt. Der Literat Carlos Fuentes hat die neuen Herausforderungen für die Gesellschaft folgendermaßen umschrieben: "Militärausgaben überschreiten bei weitem die Investition in Gesundheit, Erziehung und Entwicklung. Die dringenden Forderungen der Frauen, der Alten, der Jugend sind dem Zufall überlassen. (...) Um die grundlegenden Ursachen des Terrors kümmert man sich nicht. (...) Internationale Werte, die durch kritische Beharrlichkeit und Verzicht errungen wurden – Menschenrechte, Diplomatie, Multilateralismus, Vorrangstellung des Gesetzes – werden durch die blinde Hast von Unilateralismus, Präventivkrieg und den blinden Stolz angegriffen, der vor dem Fall kommt" (Fuentes 2005, 7).

Krisen und Konflikte sind oftmals national nicht mehr begrenzt, dadurch wird die Sicherheitspolitik der einzelnen Nationalstaaten immer mehr von Entscheidungen und Ereignissen von und in anderen Staaten und Regionen der Welt beeinflusst.¹ Diesen Perspektiven folgend hat ein vom ehemaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan eingesetztes hochrangiges Expertengremium im Dezember 2004 den Bericht "A more secure world" vorgelegt. In diesem Dokument werden sechs Bedrohungsszenarien beschrieben:

- wirtschaftliche, soziale und ökologische Bedrohungen,
- zwischenstaatliche Konflikte,
- innerstaatliche Konflikte,
- Proliferation nuklearer, radiologischer, biologischer und chemischer Waffen,
- Terrorismus,
- transnational organisierte Kriminalität.²

Der klassische politische Sicherheitsbegriff ist schon 1994 mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen³ um das Konzept der "menschlichen Sicherheit" erweitert worden. Nicht die Sicherheit von Staaten (politische Sicher-

heit, innere Sicherheit, nukleare Sicherheit, militärische Sicherheit usw), sondern die Sicherheit des Menschen, die so genannte Statussicherheit des Einzelnen, ist nach den Vereinten Nationen entscheidend. Das universelle Anliegen der menschlichen Sicherheit wird nicht nur durch militärische und/oder politische Konflikte bedroht, sondern unter anderem auch durch Armut, durch Arbeitslosigkeit, durch Drohungen und Verbrechen, durch terroristische Anschläge, durch Ressourcenknappheit, durch Überbevölkerung und durch Verletzung der Menschenrechte (vgl Ahlf 2002).

Auch die europäische Union steht im Lichte dieser Entwicklungen vor neuen Herausforderungen.

Besonders die Kooperation im Bereich der inneren wie der äußeren Sicherheit stellt die europäische Union mit ihren tradierten Strukturen und den nationalstaatlichen Besonderheiten in diesem Aufgabenfeld vor große Probleme.

Als Beispiel soll in diesem Zusammenhang die immer wieder angedachte Kooperation der unterschiedlichen Geheimdienste⁴ angeführt werden. Lange meint, dass sich bei einer weiteren Vertiefung im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit auf EU-Ebene und aus den aktuellen Gegebenheiten für die demokratische Legitimation der Entscheidungen der EU-Gremien mittelfristig die Frage stellt, "ob nicht zwischen drei Ebenen der Sicherheit unterschieden werden muss: der äußeren, der europäischen und der nationalen Sicherheitspolitik bzw welche Organe mit der Wahrung dieser unterschiedlichen Ebenen betraut werden. Wie sehen angesichts von Globalisierung, Internationali-

sierung und Europäisierung die Konturen eines neuen Sicherheitsbegriffes aus, der vor allem durch die zunehmende Überschneidung von innerer und äußerer Sicherheit geprägt ist?" (Lange 2001).

Auch Diskussionen über die mögliche Einschränkung persönlicher Freiheiten im Zuge einer erweiterten Sicherheitsdebatte sollten geführt werden. In diesem Sinn hat Brenneisen drei essentielle Fragestellungen umschrieben:

- "Wie viel Sicherheit benötigt eine offene und demokratische Gesellschaft, die ein möglichst hohes Maß an Freiheitlichkeit bewahren will, zugleich aber auch mit Bedrohungslagen der unterschiedlichsten Qualität konfrontiert wird?"
- Hat sie sich mit diesen Szenarien zu arrangieren, mit der real existierenden Kriminalität abzufinden, oder ist eine deutliche Hinwendung zu mehr Sicherheit geboten?"
- Muss die staatliche Macht gebändigt werden, um der schleichenden Umdeutung der Grundrechte zu begegnen oder ist die Anpassung der Eingriffsbefugnisse an die spezifischen Bedrohungslagen unumgänglich und als allein angemessene kriminalpolitische Reaktion zu betrachten?" (Brenneisen 2004, 6).

SICHERHEIT – EINE BEGRIFFSDEFINITION

Die Diskussion zum Themenbereich "Sicherheit" wird auch noch dadurch erschwert, dass man im deutschen Sprachraum nur den einen umfassenden Begriff der "Sicherheit" kennt, der zumindest im Englischen vier Bedeutungen (vgl. Baumann 2005) umfasst, die auseinander fallen:

- "Certainty" als die Gewissheit, dass die Regeln des Handelns unverändert bleiben,
- "Reliability" als Verständnis von Zuverlässigkeit und Vertrauenswürdigkeit ei-

ner Gemeinschaft,

- "Security" meint vor allem den Schutz vor dem plötzlichen Verlust der sozialen Stellung – der Aspekt der existenziellen Sicherheit,
- "Safety" mit einer sehr viel engeren Bedeutung – damit wird lediglich die körperliche Unversehrtheit und die Unantastbarkeit des persönlichen Eigentums beschrieben, zB Sicherheit vor kriminellen Übergriffen – der eigentlich relevante Begriff für innere Sicherheit im polizeilichen Verständnis.

SICHERHEIT – EIN ÖKONOMISCHER FAKTOR

Das Bedürfnis nach Sicherheit gehört zu den wenigen Grundbedürfnissen, über die es einen allgemeinen Konsens gibt. Die Garantie der öffentlichen Sicherheit, insbesondere der Schutz der persönlichen Freiheit und des persönlichen Eigentums, machen daher eine wesentliche Komponente der Lebensqualität einer Gesellschaft aus. Die Abwehr von Gefahren ist wesentliche Aufgabe der Polizei.

Historisch betrachtet war das Versprechen von Sicherheit eine wichtige Bedingung, um staatliche Autorität überhaupt begründen zu können.

Die tradierten nationalen Sicherheitsstrukturen werden sich einerseits den oben angeführten sicherheitspolitischen Entwicklungen nicht verschließen können, andererseits aber auch nicht dem Trend zur Senkung des öffentlichen Aufwands bzw der Ausgliederung von Sicherheitsleistungen an private Unternehmen. Besonders das subjektive Sicherheitsgefühl wird als wesentlicher Bestandteil dessen gesehen, was als "Lebensqualität" bezeichnet wird. Sicherheit als Kernfunktion von Staatlichkeit hat ihren Preis. Gleichzeitig darf nicht

aus dem Blickwinkel verloren werden, dass die innere Sicherheit, neben anderen Faktoren wie beispielsweise der Infrastruktur oder dem Qualifikationsniveau der Erwerbsbevölkerung, zunehmend zu einem Standortfaktor wird. Damit wird die personelle und strukturelle Ausstattung der Polizei immer stärker auch unter ökonomischen Gesichtspunkten diskutiert werden müssen. Die Fähigkeit der Polizei, innere Sicherheit zu garantieren, wird somit selbst immer mehr zu einem ökonomischen Faktor (vgl Ribolits 2002).

All dies bedingt "die Entstehung neuer Dimensionen der polizeilichen Arbeit" (Thurzo 2001, 83). Die Polizei muss sich zum hocheffektiven Instrument der öffentlichen inneren Sicherheit weiterentwickeln und "zwar bei Erhöhung deren Qualität, Rentabilität und Akzeptanz trotz des Trends zur Senkung des öffentlichen Aufwands" (Thurzo 2001, 83) – ein beachtlicher Kraftakt. Einerseits muss sie subjektiv empfundene Verbrechenfurcht abbauen (helfen), andererseits muss sie dort, wo tatsächlich Problemzonen bestehen, auf eine Änderung der realen Gegebenheiten hinwirken und mit anderen Institutionen im Gemeinwesen zusammenwirken. Grundvoraussetzung, um diesen Aufgaben gerecht werden zu können, ist, dass der Begriff der inneren und äußeren Sicherheit neu definiert werden muss und daraus resultierend die Kompetenzverteilung zwischen militärischen und polizeilichen Organen, aber auch den Behörden neu definiert werden muss. Der gesamte Sicherheitssektor muss vermehrt in das Blickfeld rücken.

NEUE FORMEN DER KOMPETENZAUFTEILUNG

Moderne Sicherheitspolitik kann nur mehr umfassend verstanden werden. Sicherheit in der Gesellschaft hat verschiedene Facetten und ist das Ergebnis von Bemühungen

verschiedenster Institutionen – auch, aber nicht nur der Polizei. Der ehemalige deutsche Bundeskanzler formulierte dies folgendermaßen: "Die politische, wirtschaftliche, soziale, ökologische und auch militärische Dimension müssen zusammengedacht aber auch zusammengebracht werden" (Schröder 1999, 2). Dies setzt bei den betroffenen Einrichtungen einen entscheidenden Wechsel in der Philosophie und in der Kultur ihres Arbeitsauftrages und deren Erfüllung voraus. Weiters setzen diese Veränderungen im politischen System – innerhalb der Behörden, des Militärs und der Polizei – ein verändertes Verständnis von (innerer) Sicherheit voraus.

Stärkere Verzahnungen von innerer und äußerer Sicherheit lassen sich zunehmend erkennen. Als Beispiel sei hier nur der Bereich des Katastrophenschutzes erwähnt; hier hat besonders Österreich ein international beachtetes Konzept⁵ von föderaler, militärischer und polizeilicher Zusammenarbeit – vielleicht gerade deshalb, weil man hier einen ganz speziellen Sicherheitssektor vor Augen hatte und entsprechend der vorhandenen Ressourcen versucht hat, Kompetenzen dort zu bündeln, wo eine sinnvolle und rasche Umsetzung gewährleistet werden kann. Möglicherweise wäre es sinnvoll, in Zukunft für Bedrohungsszenarien einzelne Sektorstrategien zu erarbeiten. Je komplexer die Anforderungsprofile für die staatlichen Sicherheitsleistungen werden, desto wichtiger wird eine genaue Kompetenzaufteilung mit einer eindeutigen Verantwortlichkeit sein, welche im Kern klar strukturierte Aufgabenfelder und Kompetenzen aufweist (vgl Nitschke 2004, 50). Vergleichbare Probleme ergeben sich ebenso bei der Ressourcenverteilung zwischen den einzelnen Behörden und Einrichtungen. Lange beschreibt die neue Situation am Beispiel Deutschlands und hebt in diesem Zusammenhang die wissenschaftliche For-

sung hervor, in deren Mittelpunkt die Forschung nach einer "neuen Sicherheitsarchitektur" steht, "die einen völligen Umbau des deutschen Sicherheitssystems leisten soll. Es geht nicht mehr um reine Kompetenzverschiebungen zu Lasten der einen Behörde und zu Gunsten einer anderen Behörde, sondern es geht um die Frage, ob ein 'Systemwechsel' des deutschen Sicherheitssystems vorgenommen werden soll" (Lange 2005, 52).

Am überzeugendsten und am differenziertesten haben Buzan ua (Buzan/Voewer/de Wilde 1998) die politische Dimension dieses erweiterten Sicherheitsbegriffes herausgearbeitet. Sie unterscheiden zwischen einer horizontalen und einer vertikalen Ebene. Auf der horizontalen Ebene wird zwischen fünf Aspekten differenziert, nämlich dem militärischen, dem polizeilichen, dem ökonomischen, dem ökologischen und dem sozialen Aspekt der Sicherheit.

Auf der vertikalen Ebene wird zwischen Human Security, National Security, Regional Security und Global Security unterschieden.

Die traditionellen Differenzierungen zwischen innerer und äußerer Sicherheit, rechtsstaatlicher und sozialer Sicherheit usw werden zunehmend unbrauchbarer, denn es entstehen durch die gesellschaftlichen Entwicklungen immer mehr Verzahnungen zwischen diesen auf den ersten Blick getrennten Bereichen.

Laut Ahlf stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage, "ob – wie bisher – diese jeweils isolierten Sicherheitsaspekte ausschließlich einer einzigen staatlichen Sicherheitsagentur (Polizei, Militär, Entwicklungshilfe, Umweltbehörden, Sozialbehörden usw) zuzuweisen sind" (Ahlf 2002). Dass Entwicklungen im Bereich

der organisierten Kriminalität oft nur mit ressortübergreifenden Einrichtungen entgegengetreten werden kann, zeigen das Criminal Assets Bureau in Irland und die Assets Recovery Agency in Großbritannien (Williams 2006). Für die USA kann unter diesem Aspekt auch das nach den Anschlägen vom 11. September 2001 eingerichtete Ministerium für Homeland Security angeführt werden, wenngleich Entwicklungen in den USA für Europa schwer als Beispiel dienen können bzw vielleicht auch nicht sollten. In Österreich kann die Einrichtung des "Nationalen Sicherheitsrates" als Schritt in diese Richtung betrachtet werden, wenngleich das tatsächliche Gewicht des Nationalen Sicherheitsrates entsprechend der Entwicklungen der vergangenen Jahre in Österreich im Vergleich zu den oben erwähnten Einrichtungen nicht überbewertet werden sollte.

Öffentliche Sicherheit umfasst sowohl die Landesverteidigung, die dem Militär eines Staates obliegt, als auch die innere Sicherheit, die zu gewährleisten Aufgabe von Polizei, Justiz und Strafvollzug ist.

Sicherheit ist seit jeher nicht nur Staatsziel, sondern primärer Staatszweck überhaupt.

Nicht nur im Bereich der Exekutive, sondern auch aus militärischer Sicht hat sich die sicherheitspolitische Ausgangslage stark verändert. Beim klassischen Bild des Verteidigungsfalles geht man mittlerweile auch von einem möglicherweise überholten Lagebild aus: Sirenen heulen und feindliche Truppen marschieren ins eigene Staatsgebiet. Mitunter beginnen "Kriege" aber mit einzelnen terroristischen Aktionen, dem Einsickern oder der Rekrutierung von gewaltbereiten "Kämpfern", "mit Viren, die man nicht nur in Computer, sondern auch in die Köpfe ein-

pflanzt, einem Aufbau von Drohszenarien, Geiselnahmen, Anschlägen – möglichst auch die ganze Bevölkerung erschreckende ‘weiche Ziele’" (Stümper 2005, 97). Ein weiterer Bereich, bei dem sich Aspekte der Äußeren Sicherheit mit Aspekten der Inneren Sicherheit stark verflechten, ist die Entsendung von Polizeibeamten im Rahmen internationaler Einsätze zum Aufbau neuer Sicherheitsstrukturen in Krisengebieten.

GESELLSCHAFTLICHE VERÄNDERUNGEN

Neben den globalen Herausforderungen des Terrorismus stellen auch die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung in dem Maße höhere Anforderungen an die dafür Verantwortlichen, in dem die Komplexität der Gesellschaft zunimmt und sich der gesellschaftliche Wandel beschleunigt. Stichworte wie Ausdifferenzierung und Segmentierung der Gesellschaft, multikulturelle Gesellschaft, Pluralität der Lebensstile, Wertewandel, Individualisierung und Anonymisierung, Orientierungsprobleme (nicht nur) der Jugend, ökonomische Krisen und neue soziale Fragen kennzeichnen die Gegebenheiten (vgl Neidhardt 2004, 6). Dass die Polizei als eine Berufsgruppe von einer derartigen Werteverchiebung ganz massiv betroffen ist, liegt auf der Hand (Ijzermann 2002, 4).

Die heutige Polizeitätigkeit ist ein Komplex von polizeilichen Sicherheitsaufgaben und anderen spezifischen Tätigkeiten der Polizei. Es ist notwendig, wenn man über polizeiliche Aufgaben bzw Aufgaben für die innere Sicherheit spricht, alle Faktoren miteinzubeziehen; so wird die Polizeitätigkeit neben den rechtlichen Rahmenbedingungen von "makro-, mezo- und mikrogesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen usw Bedingungen determiniert" (Ernecker 2001, 179). Vana fasst die umfas-

senden Aufgaben in einer sich verändernden Gesellschaft folgendermaßen zusammen:

“Die Sicherstellung der Einhaltung der Gesetze, der Schutz der Gesellschaft vor Kriminalität und Unordnung und ein humanitärer Sozial-service” (Vana 2001, 97).

Tatsächlich mutiert die Polizei immer mehr zu einer Art universeller Konfliktlösungsagentur für gesellschaftliche Problembereiche, "von deren Lösung sich die Politik zunehmend verabschiedet hat bzw verabschieden muss" (Ribolits 2002). Feltes weist allerdings darauf hin, dass die Polizei "keine moralische Institution" ist, "die über gut und böse, glücklich und unglücklich wacht (oder dazu verhilft), sondern dazu bestimmt ist, die rechtliche Verfasstheit einer Gesellschaft, ihre Rechtsordnung zu bewahren" (Feltes 2002, 9). Die angesprochenen gesellschaftlichen Veränderungen und die unterschiedlichen Zugänge zu den polizeilichen Aufgabefeldern haben massive Auswirkungen auf die polizeiliche Arbeit, auf die Organisation der Polizei, deren Qualifikationsanforderungen und deren Selbstverständnis (vgl Schulte 2002, 2).

Im Umgang mit schwierigen Jugendlichen, die sich oft von staatlichen Autoritäten emanzipiert haben, stehen Polizisten besonders häufig vor schwierigen Konfliktsituationen (Winkler/Köylü 2004).

Die Herausforderungen zwischen der Polizei und jenen Bevölkerungsgruppen, deren Verhaltensweisen durch ihre soziale Außenseitersituation und ihren "anderen"

sozialen Hintergrund geprägt sind, werden weiter anwachsen (Ribolits 2002). Feltes sieht die Polizei (als Idee und Institution) als eine "ultima ratio-Funktion, dh sie ist "last resort", die letzte Zuflucht, wenn Dinge aus dem Ruder zu laufen drohen" (Feltes 2002) und Schulte meint, dass die zukünftigen Aufgaben für die Polizei "zum Teil Aufgaben mit bisher unbekanntem Anforderungsstrukturen sind" (Schulte 2002, 2). Gleichzeitig darf nicht übersehen werden, dass die Polizei eine wesentliche Radarfunktion in der Gesellschaft übernimmt, die als allgemeine und unverzichtbare Solidarauftgabe gesehen werden sollte. Polizisten haben eine große Multiplikatorfunktion, sie nehmen gesellschaftliche Veränderungen sehr früh wahr, so etwa bei der Entwicklung von Randgruppen und Parallelgesellschaften.

HERAUSFORDERUNGEN AN DIE ORGANISATIONSSTRUKTUR

Es ist durchaus kein Zufall, dass die noch überwiegend hierarchisch gegliederten und relativ starren Strukturen polizeilicher Organisation derzeit zunehmend in Diskussion geraten. Ijzermann fasst dies folgendermaßen zusammen: "It can be claimed with some justification that the police organisation is in fact still an organisation with strong political and bureaucratic cultural characteristics. There is insufficient discussion of a professional culture in the sense of perceiving inequality as a stimulus for development of the profession (...); recognition of each others' expertise and experience is often overshadowed by competition, territorial concerns, etc" (Ijzermann 2002, 6). Um auf die sich rasch verändernden Anforderungen flexibel reagieren zu können, werden netzwerkartige Strukturen mit jeweils neu gebildeten, aufgabenbezogenen Arbeitsteams als Lösung propagiert. Hier ist sicher zu unterscheiden, ob man von Poli-

zeinheiten an sich spricht, oder von der Behörde. Während Polizeieinheiten klare und eindeutige Entscheidungs- und Kommunikationswege benötigen, wäre es bei einzelnen behördlichen Aufgaben an sich durchaus vorstellbar, dass je nach Aufgabengebiete mehrere "unterschiedliche Organisationsstrukturen gleichzeitig genutzt werden" (Drucker 2005, 25). Wichtig wäre es laut Drucker, die Stärken und Schwächen unterschiedlicher Organisationsformen zu untersuchen, denn "nur so könne man herausfinden, welche Organisationsform die richtige sei, um eine bestimmte Aufgabe bewältigen zu können" (Drucker 2005, 28).

NEUE MANAGEMENTKONZEPTE FÜR POLIZEIORGANISATIONEN

Im Zuge dieser Diskussionen und des Sparsamkeitsgedankens werden immer wieder betriebswirtschaftliche Managementkonzepte propagiert (Promberger/Koschar/Koler 2006). Laut Schulte "können sich – und das macht polizeiliche Arbeit unter den genannten Bedingungen wohl noch komplizierter – 'Abwägungsdilemmata' zwischen Kosten-/Nutzenoptimierung auf der einen und Gewährleistung von Sicherheitsstandards auf der anderen Seite ergeben" (Schulte 2002, 3). Nitschke meint sogar, dass durch die gesellschaftlichen Veränderungen, "der Staat – so lange er Steuerzahler behält, die in seine Strukturen aufgrund ihrer Abhängigkeit und ihres Zutrauens investieren – nicht weniger für die Sicherheit ausgeben müsse – sondern eher mehr" (Nitschke 2004, 50). Kritiker glauben, dass Sicherheit immer mehr zur Handelsware degradiert wird, die den Gesetzmäßigkeiten des Marktes gerecht werden müsse und auch die Polizei und damit die Frage der inneren Sicherheit "zunehmend in die Ökonomisierung aller Lebensbereiche hineingezogen" (Ribolits 2002) wird. Hier besteht aber laut Speck

auch der Unterschied zur freien Marktwirtschaft: "Unser Dienst am Bürger ist individuell und nicht in pauschalisierten Zeiten zu messen" (Speck 2005, 244). Malik meint auch: "Es kann doch nicht sein, wie es der Neoliberalismus ja empfiehlt, dass sich auch Gefängnisse und Krankenhäuser rentieren müssen. (...) Ich bin auch nicht dafür, dass sich die Armee rentieren muss oder die Polizei" (Malik 2006, 9).

***Neben einem
kostenbewussteren Zugang
versucht sich die Polizei
auch erfolgreich im
Selbstverständnis
einer Bürgerpolizei.***

Die durchaus positiven Umfragewerte können dies belegen.⁶ Der Bürger wird immer weniger nur als Adressat polizeilicher Verfügungen oder von Eingriffsmaßnahmen gesehen, sondern immer mehr in der Rolle eines Kunden, dem gegenüber bestimmte Dienstleistungen zu erbringen sind. So beschreibt etwa Schulte: "Dienstleistung innere Sicherheit ist Arbeit für den einzelnen Bürger" (Schulte 2002, 3). So sollen laut Lange mehr Effizienz des Polizeihandelns und eine größere Orientierung an den Wünschen der Bürger "durch eine größere Selbständigkeit der mit dem Bürger in Kontakt stehenden Polizisten der Polizeiwachen erreicht werden. Diese sollen von ihrer nächst höheren Dienststelle nicht mehr detaillierte Aufgaben zugewiesen bekommen, sondern vereinbarten Zielvorgaben, die sie in Eigenverantwortung mit einem vorgegebenen Budget erfüllen" (Lange 2001).

AUSBLICK

Polizeibeamte werden in ihrem Alltag nicht gerade mit der Schokoladenseite unserer Gesellschaft konfrontiert und müs-

sen in letzter Konsequenz für ihr Tun und Lassen Verantwortung übernehmen. Von Polizeibeamten wird laut Neidhardt "ein hohes Maß an fachlicher Professionalität, sozialer Sensibilität und Kompetenz, Eigenverantwortung und ein ausgeprägtes Berufsethos erwartet" (Neidhardt 2004, 7). Das erweiterte Aufgabenspektrum ist eine umfassende Aufgabe zur Erstellung eines zukünftigen Aufgabenprofils von Polizeibeamten, denn darauf beziehen sich die für eine erfolgreiche Tätigkeit notwendigen Qualifikationen und Kompetenzen. Dies ist Grundlage für eine fundierte Planung von Bildungsangeboten. Laut Neidhardt ist dies wiederum "Voraussetzung für die Erstellung eines Bildungskonzepts, das geeignet ist, das entsprechende Wissen und Können zu vermitteln, die nötigen Kompetenzen herauszubilden" (Neidhardt 2004, 4-5).

In diesem Beitrag wurden zugegebenermaßen mehr Fragen gestellt und mehr Probleme aufgezeigt als Antworten gegeben. Dies war auch nicht die Absicht. Dieser Artikel ist der Beginn einer vierteiligen Serie, in deren Verlauf aufgezeigt werden soll, welche zukünftigen Probleme im Bereich der inneren Sicherheit entstehen können und welche Unterstützung die Wissenschaft der Praxis anbieten kann bzw wie das Bundesministerium für Inneres den Herausforderungen begegnen kann, Entwicklungen frühzeitig erkennen zu können, integrierte Lösungswege aufzuzeigen und daraus ableitend Lagebilder entwerfen zu können.

- ¹ Vgl. *Öffentliche Stellungnahme des Interdisziplinären Arbeitskreises Innere Sicherheit (AKIS) (2002). Zehn-Punkte-Erklärung des AKIS zur inneren Sicherheitspolitik*, 4.
- ² Vgl. *United Nations (2004). A more secure world – our share responsibility. Report of the Secretary-General's High-level Panel on Threats, Challenges and Change*, siehe dazu auch *Schneckener, U. (2005)*, 27.
- ³ Vgl. *Vereinte Nationen Generalversammlung (1994). Agenda für Entwicklung, Bericht des Generalsekretärs*.
- ⁴ Als Beispiel siehe: *Monar, J. (oA). Projekt "Europas Weltpolitische Mitverantwortung": Weiterentwicklung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. "Braucht die Europäische Union ein 'European Bureau of Investigation' (EBI) und eine 'European Intelligence Agency' (EIA)?"*. Gutachten für die Bertelsmann Stiftung, Sussex.
- ⁵ Siehe Artikel Nr.: 3635 vom Dienstag, 21. November 2006. *Katastrophenschutz – Österreichisches Katastrophenschutzmodell Vorbild für Russland*. <http://www.bmi.gv.at>.
- ⁶ Siehe *EUICS report (2005). The Burden of Crime in the EU, A Comperative Analysis of the European Survey of Crime and Safety (EUICS)*
- Quellenangaben:**
- Ahlf, E. (2002). Situation der Polizeiforschung unter besonderer Berücksichtigung des sog "erweiterten Sicherheitsbegriffes"*, <http://www.bka.de/kriminalwissenschaften/kiforum/kiforum2002.html>, Wiesbaden.
- Interdisziplinärer Arbeitskreis Innere Sicherheit (AKIS) (2002). Zehn-Punkte-Erklärung des AKIS zur inneren Sicherheitspolitik*, <http://staff-www.uni-marburg.de/~akis/10PE.html>, Marburg/Duisburg.
- Bauman, Z. (2005)*, in: *Hochseilakte können nur wenige wagen*, Freitag 34, <http://www.freitag.de/2005/34/05340301.php>.
- Brenneisen, H. (2004). Sicherheit im freiheitlichen Rechtsstaat, Die Kriminalpolizei (Dez.)*.
- Buzan, B./Waeber, O./de Wilde, J. (1998). A new Framework for Analysis*. London.
- Drucker, P. (2005). Management im 21. Jahrhundert*, Berlin.
- Ernecker, J. (2001). Die Übertragung der Kenntnisse der Polizeiwissenschaften in die Polizeipraxis*, in: *Polizeiakademie Bratislava (Hg) (2001). Aktuelle Probleme der Entwicklung der Polizeiwissenschaften und der polizeilichen Praxis*, Bratislava.
- Feltes, T. (2002). Scientia Ante Portas. Flüchtlinge oder Standhalten? Zur Perspektive einer Polizeiwissenschaft in Deutschland*, Die Polizei (9).
- Fuentes, C. (2005). Zum Lob des Romans, Eröffnungsrede zum 5. Internationalen Literaturfestival Berlin*, Berlin.
- Ijzermann, P. (2002). Police science: A recognised professional field*, in: *Mellinek, L./Muller, E. (Hg) Police Science and Police Studies in the Netherlands*, Apeldoorn.
- Lange, H. (2001). Informationen über das Forschungsprojekt "Neue Steuerungsmodelle in der Polizei"*, in: *Arbeitspapiere der Forschungsgruppe polikon (2)*, www.polikon.de/textefg.htmDuisburg/Marburg.
- Lange, H. (2001). Neue Sicherheit, Arbeitspapiere der Forschungsgruppe polikon (3)*, www.polikon.de/textefg.htm, Duisburg/Marburg.
- Lange, H. (2005). Eckpunkte einer veränderten Sicherheitsarchitektur für die Bundesrepublik*, Polizei & Wissenschaft (4).
- Malik, F. (2006). Nicht alles dem Geld unterwerfen*, in: *Die Furche (3)*, 9.
- Monar, J. (oA). Projekt "Europas Weltpolitische Mitverantwortung": Weiterentwicklung der europäischen Außen- und*

- Sicherheitspolitik. "Braucht die Europäische Union ein 'European Bureau of Investigation' (EBI) und eine 'European Intelligence Agency' (EIA)?" Gutachten für die Bertelsmann Stiftung. Sussex. <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F0A-BFCA1558/bst/hs.xsl/19546.htm?suchrubrik=>.
- Neidhardt, K. (2004). Herausforderungen an die Aus- und Fortbildung Höherer Führungskräfte, Vortrag im Rahmen der Veranstaltung "Strategische Führung im 21. Jahrhundert" des BMI, Wien.
- Nitschke, P. (2004). Das Gewaltmonopol in der Defensive, *Polizei & Wissenschaft* (1).
- Promberger, K./Koschar, D./Koler, D. (2006). Die Polizei als Manager von Sicherheit und Ordnung, in: *.SIAK-Journal*, Ausgabe 1/06, 3-13.
- Ribolits, E. (2002). Wie viel Bildung braucht eine polizeiliche Führungskraft? Europäische Schulleitertagung, Traiskirchen.
- Schneckener, U. (2005). Fragile Staatlichkeit als globales Sicherheitsrisiko, in: *APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* (28-29).
- Schröder, G. (1999), in: *Bundesakademie für Sicherheitspolitik* (Hg). *Aus Vergangenheit und Gegenwart für die Zukunft lernen*, München.
- Schulte, R. (2002). Zur Zukunft der polizeilichen Weiterbildung, <http://www.mepa.at/Festvortrag%20Schulte.htm>, Wien.
- Speck, W. (2005). Die zunehmend abnehmende Motivation zur Berufsausübung unter Polizeibeschäftigten in Deutschland, in: Groß, H./Schmidt, P. (Hg) *Empirische Polizeiforschung VI: Innen- und Außensicht(en) der Polizei* (2), Frankfurt.
- Stümper, A. (2005). *Schleichender Umbruch der allgemeinen Sicherheitslage, Die Kriminalpolizei* (3).
- Thurzo, A. (2001). Konstituieren der wissenschaftlichen Gesamtheit von Polizeiwissenschaften, in: *Polizeiakademie Bratislava* (Hg) (2001). *Aktuelle Probleme der Entwicklung der Polizeiwissenschaften und der polizeilichen Praxis*, Bratislava.
- United Nations (2004). *A more secure world – our share responsibility. Report of the Secretary-General's High-level Panel on Threats, Challenges and Change*.
- Vereinte Nationen Generalversammlung (1994). *Agenda für Entwicklung, Bericht des Generalsekretärs*, <http://www.un.org/Depts/german/gv-sonst/adev/adev-1.htm>.
- Vana, J. (2001). Zielsetzung der wissenschaftlichen Arbeit in der Polizeiakademie in Bratislava und die Polizeiwissenschaft, in: *Polizeiakademie Bratislava* (Hg) (2001). *Aktuelle Probleme der Entwicklung der Polizeiwissenschaften und der polizeilichen Praxis*, Bratislava.
- Winkler, E./Köylü, B. (2004). Das Dilemma der zahnlosen Tiger, in: *.SIAK-Journal*, Ausgabe 1/04, 44-53.
- Williams, P. (2006). *The Untouchables – Ireland's Criminal Assets Bureau and it's War on Organised Crime*, Dublin.